

# Handelsverband Deutschland (HDE)

## Politische Maßnahmen gegen die Krise gefordert

Mittwoch, 06.07.2022

***Steigende Inflation, immer höhere Energiekosten und eine schlechte Verbraucherstimmung sorgen für herausfordernde Rahmenbedingungen im Einzelhandel.*** Dementsprechend rechnen in einer aktuellen Umfrage des Handelsverbandes Deutschland (HDE) unter 800 Unternehmen 44% der Befragten für das Gesamtjahr 2022 mit sinkenden Umsätzen. Der HDE geht für die Branche insgesamt von einem nominalen Umsatzwachstum von drei Prozent im Vergleich zum Vorjahr aus, inflationsbereinigt rutscht der Einzelhandel zwei Prozent ins Minus. Angesichts der großen Unsicherheiten bei Energieversorgung und Inflation sieht der HDE auch die Politik gefordert, mit entsprechenden Maßnahmen zu reagieren.

„Der russische Krieg in der Ukraine und Corona-Lockdowns in Asien stören die Lieferketten, die Inflation steigt und die Energiekosten erreichen ungeahnte Höhen. Die Lage ist alles andere als einfach, die Zukunftsaussichten in vielerlei Hinsicht schwierig zu beurteilen“, so HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth. Aktuelle HDE-Umfragedaten zeigen, dass im ersten Halbjahr 2022 noch knapp die Hälfte der Handelsunternehmen im Vergleich zum Vorjahr Mehrumsätze verzeichnen konnte. Teilweise spielt hier sicher auch der Vergleich zu einem mit Corona noch schlechteren 2021 eine Rolle. Deutlich verhaltener sind die Erwartungen aber für die zweite Jahreshälfte: Hier rechnet nur noch ein Fünftel der Befragten mit Umsatzsteigerungen. Und auch bei den Händlern die online und stationär aktiv sind, ist die Stimmung nicht mehr ganz so gut wie in den vergangenen Jahren. So rechnet knapp die Hälfte dieser Multichannel-Händler mit stagnierenden Umsätzen im Vergleich zum Vorjahr. „Die steigende Inflation schmälert die Kaufkraft der Kundinnen und Kunden massiv. Gleichzeitig geraten die Gewinne der Unternehmen durch stark steigende Kosten unter Druck“, so Genth weiter. Insgesamt prognostiziert der HDE für 2022 ein nominales Umsatzwachstum von drei Prozent auf dann 607,1 Milliarden Euro, inflationsbereinigt entspricht das einem Minus von zwei Prozent. Dabei legen die Umsätze im stationären Handel um nominal 1,4 Prozent zu, während der Online-Handel ein Plus von 12,4 Prozent verzeichnet.

„Die Bundesregierung muss auf die aktuellen Herausforderungen noch entschlossener und zielgerichteter reagieren. Die Unternehmen dürfen durch die ungebremst ansteigenden Energiepreise nicht überlastet werden. Zudem muss die Kaufkraft der Verbraucherinnen und Verbraucher gestützt werden“, so Genth weiter. Der HDE setzt sich deshalb unter anderem für die Abschaffung der kalten Progression und Entlastungen für Geringverdiener ein. Zudem fordert der Verband die Anpassung der bestehenden KfW-Kredit-Programme für von den hohen Energiepreisen überforderte Unternehmen. Derzeit können die meisten Handelsunternehmen aufgrund der falsch angesetzten Zugangshürden nicht daran teilhaben. „Bei den Energiepreisen muss dringend Entlastung her. Die Stromsteuer sollte auf ein Minimum reduziert werden und die EU muss Modelle für einen gemeinsamen, dann günstigeren, Gaseinkauf angehen. Denkbar ist auch ein Gaspreisdeckel wie in Spanien und Portugal“, so Genth weiter.

**Politische Maßnahmen gegen die Krise gefordert**

## Links

- [HDE](#)